

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Hauptstraße Nr. 6 und Neue Hauptstraße 11, durch die Zweigstellen, Altkönigsplatz 11, durch die Buchhandlung 140, sowie durch alle Anstalten zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 1.32 Rmt. + 8 Pf. Trägertlohn + 0.40 Rmt. monatlich 1.35 Rmt. + 85 Pf. Trägertlohn + 1.70 Rmt. Durch die Post einfr. Beilagengebühren 2.00 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Telegraphisch-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1200, Redaktion Ring 5141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je 100 Zeilen für 14 Tage 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Stellungsanzeigen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellungsanzeigen, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 12 Uhr (3 Tage vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Auflösung des schlesischen Sejm.

Das deutsche „Bündnis“ mit — Korfanty.

Kattowitz, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatspräsident hat durch Dekret die Session des schlesischen Sejm ab Montag geschlossen. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß der schlesische Sejm dem Wojwoden Gracjanski wegen der durch den Terror bei den Gemeindevahlen verübten Unterdrückung der Wahlberechtigten das Mißtrauen ausgedrückt hat. Die jetzt erfolgte Auflösung des schlesischen Sejm zeigt, daß die Warschauer Regierung den Wojwoden und die „Autständischen Verbände“ völlig bedt. Die Maßnahme hat in der Bevölkerung großes Bestreben hervorgerufen. Man glaubt allgemein, daß die Warschauer Regierung über die wirklichen Vorgänge und das Treiben der Terroristen bei den Wahlen in Polnisch-Oberschlesien nur falsch unterrichtet worden ist.

Die Auflösung des ober-schlesischen Provinzialparlaments ist die Antwort der Warschauer Regierung auf das Zusammengehen der deutschen Minderheit in Oberschlesien mit der rechtsstehenden polnischen Korfanty-Partei. Korfanty ist bekanntlich von Hause aus durchaus kein Deutschenfreund, sondern ein viel ärgerer Nationalist als die (in Ostoberschlesien mehr als im übrigen Polen gleichfalls nationalistisch eingestellten) Männer der polnischen Linken. Wenn er jetzt gelegentlich mit deutschen Gruppen zusammengeht, so wird das ganz allgemein und unbekümmert auf große Geldzahlungen zurückgeführt, die führende deutsche Großindustrielle dem alten Deutschenfreier zur Verfügung gestellt haben. Den deutschen Arbeitern und Angestellten steht die Korfanty-Gruppe ja dementsprechend auch durchaus nicht freundlich gegenüber als früher, während sie die sozialpolitischen und steuerpolitischen Wünsche der deutschen Schwerindustriellen jenseits der Grenze jetzt mit vertritt. Korfanty ist bekanntlich in Warschau seit dem Machtantritt Bismarcks im Mai vorigen Jahres wegen seiner berüchtigten Bestechlichkeit völlig ausgeschaltet. Die Brechung seines Einflusses auch in Ostoberschlesien muß der polnischen Linken daher als ein Akt notwendiger Reinigung erscheinen, der auch angesichts seiner offenkundigen Geldnahme von der deutschen Schwerindustrie nicht allzu schwer sein kann.

Das Bündnis der deutschen Parteien mit Korfanty führt dazu, daß das Deutsche in die Rechnung seines alten Feindes leider mitbezahlen muß. Das sollte nicht nur zu Entrüstungskundgebungen veranlassen, sondern auch zu einer Nachprüfung der politischen Taktik, die die Deutschen unter Führung ihrer Großindustriellen in Ostoberschlesien eingeschlagen haben. Gibt es wirklich keine andere Methode, in Polen Verbündete zu finden und keinen anständigeren Verbündeten?

Der Warschauer Sejm will sich selbst auflösen.

Warschau, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Sejm trat am Montag nach längerer Zeit wieder zu einer Tagung zusammen. Als ersten Punkt behandelte er den sozialdemokratischen Antrag auf Abänderung des § 26 der Verfassung. Dieser Paragraph gibt ausschließlich dem Staatspräsidenten das Recht zur Auflösung des Parlaments. Der Abänderungsantrag will, daß eine derartige Auflösung auch durch eigenen Beschluß möglich wird und bezweckt in erster Linie, die Auflösung des jetzigen Sejm zu erzwingen. Die Regierung wendet sich entschieden gegen die Annahme des Antrages.

Warschau, 20. Juni. (Drahtb.) Der Sejm hat heute die von den Sozialdemokraten beantragte Verfassungsänderung, wonach dem Sejm das Recht gegeben werden soll, auf Grund eines mit Zweidrittelmehrheit zu fällenden Beschlusses sich selbst aufzulösen, mit sehr harter Stimmenmehrheit angenommen. Dagegen stimmte bloß die Großgrundbesitzerpartei der Christlich-Nationalen.

Fortschritte der polnischen Sozialisten.

Warschau, 20. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die am Sonntag in Lublin und Biala vorgenommenen Kommunalwahlen ergaben für die Sozialisten wie kürzlich in Warschau wieder erfreuliche Erfolge. So erzielten sie in Lublin 18 gegen bisher 9 Sitze, während die Nationaldemokraten nur 9 gegen bisher 26 Sitze erzielten.

Stresemann erhält den Dank des Bürgerblod-Kabinetts.

Amlich wird gemeldet: Das Reichskabinettn nahm in seiner am Montag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Bericht des Reichsaußenministers über die Tagung des Völkerbundrates und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Es sprach der deutschen Delegation den Dank für ihre Bemühungen aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingebrachten Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden sollen.

Zu der Haltung des Reichskabinetts gegenüber dem Reichsaußenminister schreibt die Stresemann selbst nahehegende „Tägliche Rundschau“: „Man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß der Dank, den das Kabinettn der Delegation ausgesprochen hat, zugleich eine Billigung für die Haltung der Delegation einschließt. Wie verlautet, hat der Verlauf der Besprechung gezeigt, daß das Kabinettn in allen wesentlichen Punkten mit der Haltung der Delegation einverstanden ist. Besondere Wichtigkeit wird man dem Schlußsatz der artilichen Mitteilung beimessen können. Es geht aus ihm hervor, daß das Kabinettn von vornherein die Verantwortung für die Erklärungen mit übernimmt, die Außenminister Dr. Stresemann in der bevorstehenden Aussprache des Reichstages über die Genfer Tagung abgeben wird.“

Der „Vorwärts“ bemerkt: „Nach den Angriffen, die die Tätigkeit der deutschen Delegation in den Blättern der Rechten gefunden hat, ist die Meldung, daß ihr vom Reichskabinettn der Dank für ihre Bemühungen ausgesprochen wurde, von einer gewissen politischen Bedeutung. Das Bürgerblod-Kabinettn hält aber die Solidarität mit dem Außenminister, der von der deutschnationalen Presse so heftig beschuldigt wird, wenigstens nach außen hin aufrecht. Allerdings wäre es unvorsichtig, wenn man aus dieser Meldung auf die innere Geschlossenheit des Kabinetts einen Schluß ziehen wollte.“

Nach der Rede Poincarés gegen Berlin.

Paris, 21. Juni. (Eigener Funkenbericht.) Das nationalitische „Echo de Paris“ behauptet am Dienstag, zu wissen, daß Poincaré seine Rede von Lounville mit Briand durchgesprochen habe. Es sei einfach „stupide“, behauptet das Blatt, wenn man jetzt nachträglich die Rede Poincarés gegen die Politik Briands anzuspielen versuche. Briand habe mit Poincaré in vollstem Vertrauen alle schon längst behandelten Fragen, insbesondere das Problem der deutsch-französischen Verständigung durchgesprochen und daraufhin sei in bestem Einvernehmen die Rede Poincarés in großen Zügen festgelegt worden. (Es bleibt abzuwarten, ob Briand, der zurzeit krank ist, diese Gleichsetzung seiner Ansichten mit denen seines Kabinettschefs gelten läßt. Red.)

„Wenn die Politik von Locarno nicht zu all den Konsequenzen geführt hat, die man von ihr erwartete“, so schreibt am Montagabend der „Temps“, „so ist daran einzig und allein der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung und der Einfluß, den sie in Berlin ausüben, schuld. Hier und nirgendwo liegen die Ursachen der Spannung, über die man sich in Deutschland beklagt.“

Die Sowjetgranaten der Reichswehr vor Gericht.

Die Kommunisten können nichts abstreiten.
Am Montag gelangte vor dem Amtsgericht Berlin-Neukölln die Klage des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Genossen Künstler gegen die verantwortliche Redakteurin des in Halle von der Kommunistischen Partei herausgegebenen „Klassenkampfes“ zur Verhandlung. Im Laufe der erst wenige Monate zurückliegenden Erörterungen über die Lieferung von Sowjetgranaten an die Reichswehr hatte Künstler ein Gespräch veröffentlicht, das er mit zwei Arbeitern geführt hatte, die früher in der von der Kommunisten geleiteten russischen Giftgasfabrik gearbeitet hatten. Die kommunistische Presse fiel über diese Veröffentlichung her unter der Parole: „Alles Schwindel“. Das Kommunistenblatt in Halle tat dazu sein übriges und bezeichnete Künstler als einen Lügenkünstler.

Vor dem Neuköllner Amtsgericht hatten die Kommunisten nun Gelegenheit, die angeklagten Lügen aufzudecken. Was aber geschah? Auf die schriftliche Klage hatten die Kommunisten überhaupt nicht geantwortet, und auf die mündliche Aufforderung des Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Zeugen zu benennen, blieb die verantwortliche Redakteurin die Antwort schuldig. Sie trug nur vor, daß sie Zweifel an der Richtigkeit der Angaben Künstlers gehabt habe. Daraufhin hätte sie in ihrem Blatt von Künstlers Lügen gesprochen. Ihr Anwalt verfuhr das als erlaubt hinzustellen.

Die kommunistische Redakteurin stand also völlig beweislos da. Die Folge war ihre Verurteilung wegen 100 Mark Geldstrafe, und über Klage wurde zu 150 Mark Geldstrafe. Wo selbst die Kommunisten wegen nicht einmal mehr in öffentlichen Gerichtsverhandlungen, ersthaft zu verurteilen, daß eine Giftgasfabrik in Rußland bestanden hat und diese Gebild mit der deutschen Reichswehr in Verbindung stand.

Preußen im Reichsrat

von Ernst Hamburger, M. d. L.

Preußens Einfluß im Reichsrat, in der Vertretung der deutschen Länder bei der Reichsgesetzgebung, ist durch die Reichsverfassung zu einer unverhältnismäßig geringen Bedeutung herabgedrückt. Mit zwei Drittel des deutschen Reichsgebietes und mehr als vier Siebtel der deutschen Einwohnerzahl verfügt es über nur zwei Fünftel der Sitze im Reichsrat, das heißt gegenwärtig 27 von 67 Mitgliedern. Ferner werden nach der Verfassung nur die Hälfte der preussischen Reichsratsvertreter von der Regierung bestellt, die Vertreter der anderen deutschen Länder dagegen sämtlich. Die andere Hälfte der preussischen Reichsratsvertreter benennen die Provinzen. Auf die Abstimmung dieser 13 Reichsratsmitglieder hat das Preussische Staatsministerium nicht den geringsten Einfluß.

Die Herabdrückung der preussischen Stimmenzahl unter die Hälfte sollte die anderen deutschen Länder davor sichern, von Preußen überstimmt zu werden; das wäre möglich, wenn Preußen mehr als die Hälfte der Reichsratsstimmen beherrschte. Die anderen Länder wären dann im Reichsrat einflusslos, was natürlich nicht anginge. Die Sonderbestimmung über die Provinzialvertreter soll gleichfalls der Gefahr einer Majorisierung der meisten anderen Länder, die einem geschlossenen preussischen Block von zwei Fünftel mit Hilfe nur weniger Stimmen immer noch leicht wäre, vorbeugen; in erster Linie aber wollte sie den zur Zeit der Entstehung der Reichsverfassung sehr kräftigen Beziehungen entgegenkommen, die auf die Herstellung der Reichseinheit durch Auflösung Preußens und Verleihung seiner Provinzen hingen. Inzwischen hat die politische Entwicklung schwere Nachteile dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen bloßgelegt.

Die Preussische Regierung bringt ihre vielfachen Klagen über die Benachteiligung Preußens gegenüber den anderen Ländern durch die Reichsregierung, nicht zu Unrecht, mit der Verfassungsbestimmung über die Reichsratsstimmen in Zusammenhang. Die vom Ministerpräsidenten überreichte „Aufzeichnung über die hauptsächlichsten zurzeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Preußen“ geht von ihr aus. Auf die Rede des Genossen Otto Braun vor den sozialdemokratischen Studenten der Berliner Universität „Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem?“ beschäftigt sich kritisch mit dem geringen Einfluß Preußens im Reichsrat. Braun kommt zu dem Schluß, daß die Entrechtung des größten Landes nicht aufrecht erhalten werden könne, wenn die Struktur des Reiches so bleibe wie sie heute ist.

Das Problematische der Verfassungsbestimmungen ist deutlicher und peinlicher geworden durch die Verschiedenartigkeit der Regierungen im Reich und Preußen, die mit einer Bürgerblodregierung im Reich und einer Republikanerkalition in Preußen die schärfste bisher dagewesene Ausprägung erfahren hat. Die politische Zusammenziehung der Provinzvertreter, die mit Ausnahme von zwei durchweg der Rechten und dem Zentrum angehören und infolgedessen vielfach aus parteipolitischen, nicht etwa landwirtschaftlichen Gründen, im Reichsrat anders stimmen als die Preussische Regierung, macht die Ohnmacht Preußens im Reichsrat zurzeit besonders deutlich. Die preussischen Stimmen haben sich zum großen Teil gegeneinander auf- und der preussische Einfluß sinkt zahlenmäßig unter den Bayerns, zuweilen sogar Sachsens. Das ist gewiß, wie sich z. B. bei der Stimmabgabe der Vertreter der östlichen Provinzen über das Biersteuergemeinschaftsgesetz mit den Folgen für die Kürzung der Ostbeihilfen gezeigt hat, ein höchst unerwünschter und politisch nicht ungefährlicher Zustand, dessen Abänderung in naher Zukunft freilich kaum zu erwarten ist. Einige Parteien des Landtages, Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei, haben sich bemüht, eine Bindung der Provinzialparlamente und damit eine Vereinfachung der preussischen Stimmabgabe im Reichsrat zu erreichen. Obwohl der diesbezügliche Antrag eine Festlegung im Sinne der Regierung nur für den Fall vorzäh, daß nicht mehr als 10 Provinzialvertreter sich gegen die Auflösung des Staatsministeriums erklärten, fand er doch nicht die Zustimmung der Deutschnationalen und des Zentrums, die zur Erhaltung der ihnen zurzeit zugute kommenden Freiheit der Stimmabgabe durch Obstruktion die Beschlußfassung über den in Aussicht genommenen Antrag bisher stets verhindert haben. Nur darin lag nicht das einzige Hindernis. Das Preu-

Johannistfest

Gymnastik der Jugend
des Bezirks Mittelschlesien im S. O. B.
Geschicklichkeitsstafel
6x100 Meter
(offen für alle Verbände)

Große Afrika-Völkerschau
unter Leitung des
Sch. Reg. Rat Reim von der
Kolonialvölkerschau Berlin

**Niesesehene
Schaustellungen**
Täglich nachm. 2 und abends die
berühmten **Seltäner
Brothers Niagara**
Bei günstiger Witterung täglich
**Auffstieg der beliebten
Luftschiffbahn
Eltva Wilson**

Eintrittspreise: Erwachs. 30 Pf.
Kinder 10 Pf.
Sonntags- und Elterntage: Erwach-
sene 50 Pf., Kinder 20 Pf. —
Dauerkarten, für alle Tage gültig:
Erwachsene 2,50 Mt., Kinder 1 Mt.
Vorverkauf bei Barasch. — Die
Johannistfestzeitung mit dem ge-
samten Sport- und Festprogramm
ist für 10 Pf. bei allen Zeitungs-
händlern zu haben. 6318

Stadttheater
Dienstag 8 Uhr:
"Aida"
Mittwoch 8 Uhr:
"Die verkaufte Braut"
Donnerstag 8 Uhr:
20. Ueber. Vorstellung
Serie E
Zum letzten Male!
"Saffazar"

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 5638
Samstag, abends 8 Uhr:
"Der 3. Rate!"
"Die Siegerin"
Mittwoch, Donnerstag und
Freitag, abends 8 Uhr:
"Die Siegerin"
Samstag, abends 8 Uhr:
"Der 3. Rate!"

**Opern- und
Schauspielhaus**
Mittwoch, Donnerstag und
Freitag, abends 8 Uhr:
"Die Siegerin"
Samstag, abends 8 Uhr:
"Der 3. Rate!"

**Opern- und
Schauspielhaus**
Mittwoch, Donnerstag und
Freitag, abends 8 Uhr:
"Die Siegerin"
Samstag, abends 8 Uhr:
"Der 3. Rate!"

**Opern- und
Schauspielhaus**
Mittwoch, Donnerstag und
Freitag, abends 8 Uhr:
"Die Siegerin"
Samstag, abends 8 Uhr:
"Der 3. Rate!"

**Opern- und
Schauspielhaus**
Mittwoch, Donnerstag und
Freitag, abends 8 Uhr:
"Die Siegerin"
Samstag, abends 8 Uhr:
"Der 3. Rate!"

Kristall-Palast

Mauritiusplatz 5, 7, 9 Uhr
Heute Lustspiel-Premiere
Lee Parry
in
Die leichte Isabell
Eine Frau, ein Haus
und 100 000 Mark im Jahr
Der große deutsche Lustspiel-Erfolg
mit der Operette von Gilbert
Auf der Bühne:
Die schwere Bella
Ein heit. Spiel von Peter Torben-Vob
Mitwirkende: Fritz Heiter, Trude
Leipner, Emmi Vest, Hertha
Sommer, Georg Feldmann.
Symphonie-Orchester * Wolfhaant dirigiert!
Vorverkauf: Barasch und Kasse

Victoria
Theater — 8¹/₂ Uhr.
Nur noch
bis Mittwoch!
Revue
der En-
akter.
Jugendl. verboten
Olga Iran
Fröhlich
bekannte Breslauer
Charakter-Typen.
Seelichte
Deutsch-
land-
best. Typendarsteller
Erscheint in:
„Spelunke“
Herbert Hard
Gustav. ex hiltzi!
Hedda Carina
Rosch Dett!
im
"Schmuck"
Nacht-
sachen
Billets nur gegen
Barzahlung.
Im Garten, 8¹/₂ Uhr
Gart.-Kas.-Parade
Neuer Spielplan.
Eintritt frei!

Zurückgekehrt!
Dr. med. 5205
Erich Buchler
Glogauer Straße 3.
Zurückgekehrt!
Dr. Markiewitz
Facharzt für Chirurgie
Schlesien-Platz 9.
Pfänder-Auktion
am 27. Juni.
Schneider.
Bärenstraße Nr. 12.

Anzug-Zulaufen
4 bis 12 Mt., Ritter Str. 45
bis 60 Mt., Seinswand Str.
35 Mt. bis 120 Mt., Berner-
str. 48 Mt. b. 1.40 Mt.
Garn 1000 Mt. 25-70 Mt.
180 Suppenwürfel 3 Mt.
Biele-Schwanzel 100 Paar
2.00 b. 8.00 Mt. Knöpfe Dgk.
3-10 Pf., Edelsteine 15 Pf.
Detail und Extras

Bertold Lippert
Seintischstraße 16
Hilfste. Oberkante 12.
Druckerei Volkswacht
Laden 7
Anzahl 46

Wohnung gesucht!
Wer verhilft jungem
Ehepaar zu eigenem Heim
oder zum Zimmer mit
Rochgelegene ab. G-
stättige Zuschriften an
Herrn Sommer in
Breslau, Bohrauer Str. 50.

Solide, gute
Stapel-Qualitäten
und
extra billige Preise
das ist und bleibt
unser Prinzip
Tausende
Hausfrauen
kaufen seit
vielen Jahren
unsere bewährten
Einkoch-Gläser

Ab Montag:
1 Waggon
zu
extra billigen Preisen

Einkoch-Apparate
In verzinkt, komplett
für 6 Gläser Stück
4.95



staat. geprüfte Schwestern
und perfekte Köchinnen
für Klubs und Familien.
3418



MIT
**BIENENSEIFE
EXCELLENT**

Generalvertreter: H. Hartmann, Breslau, Rosenthaler Straße 14
Telephon Ohle 5098.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. Juni.

Frühmorgens um vier.

Wann beginnt der neue Tag? Natürlich um 12 Uhr nachts. Aber das ist nur die kalendarische und nicht die tatsächliche Wahrheit.

4 Uhr früh sind noch die letzten Ausläufer des alten Tages unterwegs. Verspätete Ruffler und Kellner, die eben erst ihren Feierabend machen konnten, angeheiterte Kavaliere mit ihren Damen, die mal durchgelumpft haben, die „besseren Leute“ aus den Klubs...

Ummächtig werden dann die übernächtigten Reste des Gestern immer kümmerlicher — bis sie ganz ertrinken in der Sturzflut der Schaffenseifrigen, die der neue Morgen vor sich herreibt.

Vom Breslauer Stadion.

Die Veranstaltung am kommenden Sonntag, der internationale „Rast“ des Arbeiter-Sportkartells, wird Gelegenheit geben, die fertigen Anlagen des Spielfeldes der Schießerkampfbahn, wie die 500-Meter-Laufbahn, die Kurzstreckendahn, die verschiedensten Weit- und Hochsprungstellen und die Rasenplatzfläche zu benutzen.

Eltern, Genossen, Erzieher!

vergeht heute nicht den Lichtbildervortrag, der abends 8 Uhr in der S.M.J.-Baracke an den Reichsätern stattfindet. Das Thema lautet: „Die Wirkungen des Alkohols auf die Zeugung und Nachkommenschaft“.

Am Mitrophan des Senders

der Schlesischen Funktionäre wird am Freitag, den 24. Juni, 22.30 Uhr, ein Vortrag über den Arbeiterport, sowie eine Vorlesung über den internationalen „Rast“ von Genossen Paul Döblich-Breslau gehalten werden.

Das Geburtshaus Cassalles

am Ra Isplatz Nr. 2, hat in diesen Tagen einen schönen Außenantritt erhalten, so daß sich dieses bedeutsame Grundstück jetzt viel freundlicher ausnimmt als bisher.

Breslauer Johannisfest.

In Abänderung des Programms wird die Reisevereinigung Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, auf dem Johannisfestplatz wieder einen Massenpart der Briestauben veranstalten, an dem circa 3000 Tausen beteiligt sein werden.

Die Breslauer Johannisfestleitung hat sich auch bereitwillig in den Dienst des Verkehrsontages gestellt, der von der Verkehrswoche Schließen am kommenden Sonntag, den 26. Juni, in Breslau veranstaltet wird.

Wirt und Mieter.

Herr Baumhauer, Bergstraße 22, ist glücklicher Besitzer eines Rosengartens von beträchtlicher Größe und zugleich Besitzer eines engen Hofes, auf dem seine Mieter nichts zu suchen haben.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Je größer die Objekte, desto leichter die Entscheidung. So war es auch in der gestrigen millionenschweren Sitzung. Ohne Debatte bewilligt wurde der Neubau des Magdalenen Gymnasiums. Der Neubau der gewerblichen Berufsschule für Mädchen ging allerdings zur Prüfung einer Nebenfrage an die Ausschüsse.

Doch die Versammlung ging auch nicht vorüber, ohne daß die Reaktion ihren Pferdefuß gezeigt hätte. Der Magistrat verlangte 250 000 Mark zur Beschaffung von Baugelbern für Wohnungen städtischer Bediensteter. Der völkische Stadtr. Frisch hielt Ausschubberatung für nötig, Herr Ammon von den Kommunisten wollte 500 000 Mark bewilligen, was um so stärker zu begrüßen wäre, wenn die Kommunisten zugleich auch für entsprechende Einnahmen der Stadt mit sorgen wollten.

Eine geistige Spitzenleistung vollbrachte wieder einmal der deutschnationale „Arbeitervertreter“ Schönfelder. Gewöhnlich hält ihn Herr Thum fest an der Stirn, so daß er nicht zum Reden kommt, aber gestern war er Berichterstatter über die Bewilligung von Schwammhäusern in den Wüstendorfer Siedlungshäusern.

Stürmisch wurde die Sitzung aber nur einmal, bei Beratung einer völkischen Anfrage über Maßnahmen zur Unterbindung des Baustoffwuchers. Es war spät und der zuständige Magistratsvertreter nicht mehr zur Stelle.

5 Uhr 10 Minuten eröffnet Stadtvorordnetenvorsteher Friedrich die Sitzung und erteilt dem Bürodirektor Vogel das Wort zu geschäftlichen Mitteilungen, nach deren Beendigung

Stadtr. Dr. Frisch zur Magistratsvorlage über die Beschaffung von Baugelbern für Wohnungen städtischer Bediensteter Verweisung in den Ausschub V und II beantragt, der verschiedene Einzelheiten, so die Frage, was unter städtischen Bediensteten verstanden werden soll, nach der Klärung bedürften.

Stadtrat Dr. Töpler ist der Auffassung, daß grundsätzliche Bedenken nicht beständen. Die Wohnungen seien selbstredend für Beamte, Angestellte und auch Arbeiter bestimmt.

Stadtr. Ammon findet den Betrag zu gering, beruft sich auf die Leistungen der Stadtverwaltung Berlin und beantragt Erhöhung des vorgelegenen Betrages auf 500 000 Mark sowie Senkung der Zinsen auf 3 Prozent.

Stadtr. Genosse Darf erhebt, die Vorlage heute anzunehmen und den Antrag Ammon in den Ausschub II zu verweisen. Nach einer weiteren kurzen Debatte wird der Antrag des Berichterstatters auf Verweisung in die Ausschüsse II und V bei Stimmgleichheit angenommen.

Es folgt die Beratung der Magistratsvorlage auf provisorische Einführung der Reichsverbindungsordnung für Bauleistungen. Stadtr. Genosse Bandmann wendet gegen diese provisorische Einführung eine Reihe schwerwiegender, das Arbeitsverhältnis

der Bauarbeiter betreffende Bedenken ein. Wesentlichen grundsätzlichen und durchaus vertretbaren Forderungen des Bau-gewerksbundes ist in der Reichsverbindungsordnung nicht entsprochen worden. Die Bestimmung, die die Verlängerung von vergeblichen Arbeiten im Falle eines Streiks, Ausperrung oder Verweigerung der Arbeiter abzulehnen, ist in der Reichsverbindungsordnung nicht vorgesehen.

Stadtr. Halpaap ergänzte Genosse Bandmann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß es ungewöhnlich und unzulässig sei, normale Bestimmungen „auszuprobieren“.

Nachdem Stadtbaurat Altkhoff, Stadtr. Halpaap und nochmals Genosse Bandmann das Wort ergriffen hatten, wurde der sozialdemokratische Antrag auf Verweisung in die Ausschubberatung gegen die Stimmen der Bürgerlichen und Bodenreformer abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. Die Reichsverbindungsordnung wird somit bis März 1928 in Kraft gesetzt.

Stadtr. Genosse Ritzke begründete hierauf eine Magistratsvorlage auf Bau einer

gewerblichen Berufsschule für Mädchen an der Clausenstraße und die Bewilligung der hierzu nötigen Mittel in der Höhe von 2 000 000 Mark aus der vorgelegenen Anleihe und befürwortete die Schaffung zweier Direktionsräume wie eines Filmraums im Rahmen des geplanten Gebäudes.

Stadtr. Genossin Thomas beantragte die vorgelegene Abortanlage im Hofe statt im Innern des Gebäudes. Worauf Stadtbaurat Dr. Altkhoff erklärt, dies geschehe jetzt allgemein. Nach den Stadtr. Schabe, Stein, Halpaap und Stadtrat Mehring nahm

Stadtr. Genosse Ritzke nochmals das Wort und stellte fest, daß man an Schulen, die nicht wie diese vornehmlich von proletarischen Kindern besucht werden, keineswegs die Abortanlagen außerhalb des Gebäudes errichte. Seinem Antrag gemäß wird die Vorlage in die Ausschüsse VI und V verwiesen.

Ohne Debatte wird dann die Vorlage zur Errichtung eines Neubaus für das St. Maria-Magdalena-Gymnasium angenommen. Die erforderlichen Kosten von 1 700 000 Mark sollen wie bei den übrigen Bauvorhaben aus der Anleihe entnommen werden. Weiterertritt erhebt, als

Stadtr. Frisch bei der Debatte einer von Stadtr. Carobus begründeten Vorlage auf Anschaffung von vier Motorpferden und zehn Müllabfuhrwagen zur besseren Gestaltung des Abfuhrwesens antwortete, man solle doch einen Betriebsstoff nehmen, der weniger stinke. (Zuruf: 4711!) Der Bereitstellung weiterer Mittel für den

Bau der Erziehungshäuser an der Stabenhufenerstraße, der Errichtung mehrerer Umkleide- und Gerätehallen, der Ausschreibung eines Ideen-Wettbewerbs für den Bau einer Hauptfeuerwache, dem Erwerb von Straßenvorland an der Schühbrücke, einer Vorlage über die Ausführung dringlicher Arbeiten im Stadttheater, wird zugestimmt.

Stadtr. Genosse Ruffert empfiehlt alsdann namens der Mehrheit des Ausschusses II die beantragte Uebernahme der Patenschaft für einen neugegründeten Schießklub abzulehnen. Der Antrag wird demgemäß nach kurzer Debatte abgelehnt. Als Notstandsarbeit sollen die Holland- und Birschamwiesen trocken gelegt und durch verschiedene kleinere Anlagen der Bevölkerung in der Ohlauer Vorstadt zur Erholung zugänglich gemacht werden. Dann wird eine Vorlage auf Uebernahme einer Patenschaft für einen Schulhausneubau bis zur Höhe von 110 000 Mark angenommen. Eine eingehende und mit Aufmerksamkeit verfolgte Debatte entwickelte sich über

Gemeindeverfassungsfragen

bei der Beratung folgenden von Stadtr. Dr. Heilberg begründeten Antrags: Bei der nachstehenden weiteren Beratung des Entwurfs der neuen Städteordnung wird die Frage behandelt werden, ob die in der gegenwärtigen Städteordnung für die östlichen preussischen Provinzen bestimmte Magistratsverfassung beibehalten werden soll.

Die Stadtverordneten-Versammlung richtete an den Preussischen Landtag und an den Staatsrat das dringende Ersuchen, dahin zu wirken, daß die Stadtgemeinden der östlichen Provinzen durch das Gesetz nicht gezwungen werden, die alte bewährte Magistratsverfassung durch die Bürgermeisterei-Verfassung zu ersetzen.

Stadtr. Genosse Bandmann entgegnete den ziemlich ausgedehnten Ausführungen Heilbergs gegenüber, daß die Legitimation des Vorstandes des Städtetages, wie sie unternommen wurden, unhaltbar erscheine. Da aber nun einmal die Frage aufgestellt sei, müsse gesagt werden, daß die Magistratsverfassung mit der Bezeichnung „altbewährt“ noch nicht ausreichend begründet erscheine.

Eine wahlweise Adaptierung der Bürgermeisterei- oder Magistratsverfassung, wie sie nach den Ausführungen des Stadtr. Heilberg in einer interfraktionellen Besprechung im Landtag schon festgelegt sein sollte, ist entschieden bedenklich und die dadurch entstehende Uneinheitlichkeit im Lande nicht erträglich. Die Sozialdemokratische Fraktion lehnt entsprechend dem Parteiprogramm auf dem Boden des Einmutterprinzips und betrachte-bärgen derzeit die bürgerliche Städte-ratsverfassung als erstrebenswert. Die rheinische Bürgermeisterei-verfassung habe zwar ihre Vorzüge, herge jedoch durch die über-ragende Stellung des Bürgermeisters, der beispielsweise das Beamtenernennungsrecht besitze, Gefahren der Autoritarisierung in sich. Die von der Sozialdemokratie angestrebende Demokratisierung werde am besten im bürgerlichen Einmutterprinzip verwirklicht. Er stelle daher folgenden Antrag:

Ich beantrage, das Ersuchen an den Preussischen Landtag und an den Staatsrat dahin zu richten, daß durch die neue Städteordnung für alle preussischen Städte die bürgerliche Städte-ratsverfassung eingeführt wird.

Stadtr. Ammon sprach sich in etwas unklaren Ausführungen für die rheinische Bürgermeisterei-Verfassung aus und besänne die Notwendigkeit der Demokratisierung, solange das Räteprinzip noch nicht bestünde.

Stadtr. Ammon findet die Magistratsverfassung müsse noch ganz auf sein, wenn man seit 1919 noch nichts Besseres gefunden habe. Für Kontrollorgane im Gremium des Magistrats sei nicht zu entscheiden. Nach einer Replik des

Stadtr. Genosse Bandmann, begründete Heilberg nochmals seinen Antrag und stellte die Behauptung auf, der bürgerliche Einfluß sei am besten gewahrt, wenn man ihn begrenze. Das Beste sei die Erhaltung der beiden in Preußen bestehenden Verfassungen. Der Antrag des Genossen Bandmann wurde daraufhin gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der des Stadtr. Dr. Heilberg mit sämtlichen bürgerlichen Stimmen angenommen.

Nachdem er gelangt war, daß die Verfassung des Stadtrats die Verwendung von Mitteln bei der Friedhofverwaltung

Vereinfachung von Mitteln für verschiedene Anlagen im Pflegehaus...

Stadtv. Genosse Günther hat die Sozialdemokratische Fraktion...

Stadtv. Genosse Stein hat das Wort zur Begründung einer Anfrage über den...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Stadtv. Genosse Wacker mit Baumaterialien. Als der fast gänzlich außerhalb des Saales befindliche Magistrat...

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 26

Zeitung: Die Post

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Am 19. Juni verdrach unser Kamerad Alfred Hopp...

Freiwilliges Jugendbrot. Am 19. Juni haben wir im Jugendheim, Gewerkschaftshaus...

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Die Monatsprogramme, Berichtsbogen und Gewerkschaftsstatistiken...

Von den Arbeiterfreunden. Am 18. Juni, 4 1/2 Uhr. Kellerei an der Carolusstraße...

Witterungsbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau

Witterungsbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau. (Wochendruck auch mit Quotenangabe verboten.)

Letzte Wetternachrichten.

Table with columns: Datum, Temperatur (heut, Max., Min.), Wetter, Wind, Niederschlag. Rows for various locations like Grünberg, Görlitz, etc.

Bereinstellender.

Deutscher Vorkriegsarbeiter-Verband. Die Kärntner- und Feinwebereiarbeiter...

Achtung! Unser diesjähriger Achtung!

Saison-

Ausverkauf

beginnt Freitag, den 24. Juni, und dauert bis Sonnabend, den 2. Juli!

Wir gewähren auf sämtliche regulären Artikel doppelte Rückvergütungsmarten oder 10% Raffen-Rabatt!

Wir bitten unsere Mitglieder, sich persönlich von unserer Preiswürdigkeit zu überzeugen.

Konfektions-Abteilung

Remmert 12

Geschäftszeit durchgehend von 8-7.

Schuhwaren-Abteilung

Ambrosiuswiedemann 31.

Am den Kaiserinnen, Friedrich-Wilhelm-Platz, Wassergasse, An der Wilhelmstraße...

Die allernächste Magistratsverfassung.

Der neue Entwurf der Städteordnung soll anheimelnd noch in dieser Session des Landtages zur Beratung und Verabschiedung kommen...

Zwei Jahre Zuchthaus für einen politischen Spion.

Unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte der I. Senat des Breslauer Oberlandesgerichts am Donnerstag...

auf 5 Jahre Zuchthaus, worauf die Untersuchungschaft an gerechnet werden wird.

* Eines Nervenleidens wegen freiwillig aus dem Leben geschieden ist die Witfrau Maria H. aus Oberschlesien...

* Beim Spielen den Tod erlitten hat die fünfjährige Tochter des Arbeiters Sch. von der Enderstraße...

* Von einem Lastwagen zu Tode gefahren wurde die 1870 geborene Frau E. Schindler geb. Hiller in der Antonienstraße...

* In Ausübung seines Berufes einen Sturz vom Gerüst, der seinen Tod herbeiführte. Die Ursache des bedauerlichen Unfalls ist noch nicht fest.

* Wegen Brandstiftung festgenommen wurde ein obdachsloser Kutscher. Er hatte am Kapellenberg eine städtische Scheune in Brand gesteckt.

* Wegen Verlegung der Fernheißkanäle wird die Gartenstraße (nördliche Seite) von der Zimmerstraße bis Höhenstraße in der Zeit vom 20. Juni bis 15. Juli halbleitig für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

* Der Saisonausverkauf des Konsumvereins „Vorwärts“ beginnt Freitag, den 24. Juni, und dauert bis Sonnabend, den 2. Juli. (Siehe Inserat.)

* Im Gewerkschaftshause ist heute das beliebte Schweinefleisch.

* Die polakische Gültigkeit der Wohlfahrtsbriefmarten zur Frankatur erlischt am 30. Juni.

Ihr Arbeiter, nehmt Geld und Kind, so wie euch lieb und teuer sind, laßt sie sich freun und scherzen...

* Gründung einer Vereinigung Breslauer Nationalökonominnen. In einem engeren Kreise von Breslauer Nationalökonominnen ist die Gründung einer Vereinigung der Fachkollegen beschlossen worden...

* Wegen Brandstiftung wird die Gabelstraße zwischen Schumann- und Güntherstraße und anschließend die Kreuzung Eichenborststraße vom 22. Juni bis 2. Juli für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

* Verlesen wurde am Sonntagabend auf dem Wege Wilhelmstraße durch den Garten nach der Straßenbahn-Kasse die Linie 10 ein großes Frotteebettzeug gezeichnet...

Arbeitslose Parteigenossen und Reichsbannermitglieder!

Reizes Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Wichtige Versammlung!

Referent: Genosse Karl Mache.

Beisein aller Genossen ist dringend notwendig!

